

Zur kontroversen Beurteilung
des abgeschafften
ostdeutschen Staates

Vierzig Jahre DDR – Zwanzig Jahre deutsche Einheit (Teil 1)

Richard Schröder

Auch zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR ist ihre Beurteilung umstritten.

Regelmäßig wird in Deutschland kontrovers diskutiert, ob die DDR ein Unrechtsstaat war. Nun gehört der Ausdruck Unrechtsstaat der politischen Polemik an, er ist (bisher) nicht allgemein wissenschaftlich anerkannt definiert. Polemik ist aber nicht grundsätzlich unanständig oder verkehrt. Der Ausdruck „Kapitalismus“ ist bekanntlich auch ursprünglich ein polemischer Ausdruck, und trotzdem wird mit diesem Wort nicht selten berechtigterweise auf Missstände hingewiesen. Polemik kann die Aufmerksamkeit schärfen. Für das, was bisher nicht definiert ist, kann man aber außerdem eine Definition vorschlagen: Wenn erklärtermaßen Macht vor Recht geht, handelt es sich um einen Unrechtsstaat. Oder: Unrechtsstaaten sind diejenigen, die erstens kein Rechtsstaat sind und zweitens es auch ausdrücklich nicht sein wollen. Das war nun zweifellos in der DDR der Fall. Das heißt natürlich nicht, dass alle Akte dieses Staates unrecht waren. Nach dieser Definition gibt es allerdings überhaupt keine Unrechtsstaaten. Andernfalls wären ja zum Beispiel alle Eheschließungen eines solchen Staates ungültig.

Vierfacher Protest gegen die Bezeichnung „Unrechtsstaat“

Unrechtsstaat heißt im Blick auf die DDR, dass das Recht nicht nur tatsächlich, sondern absichtlich dem Klassenkampf zu dienen hatte. „Was Recht ist, bestimmen wir“, hat man in der DDR oft gesagt be-

kommen, wenn man sich auf seine Rechte berief. Die Justiz sollte parteilich sein und nicht unparteilich.

Gegen die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat wird von vier Seiten protestiert. Ich erwähne nur kurz die Unverbesserlichen und Unbelehrbaren, die die DDR pauschal verteidigen. Liebe macht blind, sage ich dazu nur. Dann nehme ich diejenigen Ostdeutschen, die sagen: Wenn die DDR ein Unrechtsstaat war, hätten wir ja tätigen Widerstand leisten müssen. Ganz so schlimm war doch die DDR nicht. Denen kann ich einerseits etwas Tröstliches sagen: Niemand ist zum Selbstopfer verpflichtet. Tätiger Widerstand, der allein zur Folge hat, dass ich hinter Gefängnismauern verschwinde, ist zwar bewundernswert, aber keine Pflicht. Aber andererseits muss ich sagen: Dass nicht sein kann, was nicht sein darf, das ist Wunschdenken. In der DDR wurde nicht nur Unrecht in Gesetzesform gegossen, sondern außerdem auch das eigene Recht gebeugt, wenn es tunlich erschien. Manche Westdeutsche sind gegen die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat, weil das die Ostdeutschen kränkt. Ich finde das eine rührselig entmündigende Rücksichtnahme. Manche schieben noch nach: Wenn ich in der DDR gelebt hätte, wäre ich auch in die SED eingetreten. Das kann ja sein, aber ich würde damit nicht angeben.

Die vierte Art von Widerstand gegen die Bezeichnung Unrechtsstaat ist auch im Westen zu Hause: Das nationalsozialistische Deutschland war ein Unrechts-

staat. Wer auch die DDR Unrechtsstaat nennt, verharmlost den Nationalsozialismus und namentlich den Holocaust. Hannah Arendt, deren Buch über den Totalitarismus grundlegend wurde, hatte das Herrschaftssystem Hitlers und Stalins verglichen und Gemeinsamkeiten hervorgehoben, vor allem den Staatsterrorismus und die Lager. In der DDR ist Stalins Herrschaftssystem tatsächlich nur begrenzt wirksam geworden, denn er starb bekanntlich 1953. Für diejenigen, die in dieser Zeit unschuldig in die Lager des NKWD gerieten und womöglich nach Sibirien kamen, ist das aber kein Trost. Viele DDR-Bürger erfuhren erst 1989, dass der sowjetische Geheimdienst 1945 einige KZs der Nazis weiter benutzt hat, zwar nicht als Vernichtungslager, aber als Lager, in denen viele durch Hunger und Seuchen den Tod fanden, darunter sehr viele Unschuldige.

Es bleibt ein beachtliches Verdienst der „alten Bundesrepublik“, dass sie die Auseinandersetzung mit der Nazizeit gründlich vorangetrieben hat. Das ist im internationalen Vergleich etwas Seltenes. Völker neigen dazu, ihre Untaten zu beschönigen oder ganz zu verschweigen. Siehe die Armenierfrage in der Türkei. Vergleichen heißt ja nicht gleichsetzen. Ich kann es als Betroffener nicht akzeptieren, dass das Unrecht und die Rechtsverachtung, die die SED von Anfang an bis zum Ende ihrer Herrschaft praktiziert hat, deshalb zur belanglosen Lappalie abgemildert werden, weil die exorbitanten Ausmaße des Holocaust nicht erreicht wurden. In der DDR ist der Stalinismus, wie gesagt, nur begrenzt wirksam geworden. Anders sah es in den baltischen Staaten aus. Nachdem Stalin sie im Einverständnis mit Hitler 1939 besetzt hatte, wurden erhebliche Teile der Bevölkerung in den Gulag geschickt.

Die Gemeinsamkeiten der beiden Diktaturen auf deutschem Boden sind mit Händen zu greifen:

- die Ablehnung der Gewaltenteilung zugunsten eines Führerprinzips (im Sozialismus hieß das: führende Rolle der Partei),
- die prinzipielle Ablehnung einer unabhängigen Justiz,
- die völlige Instrumentalisierung der Medien, der Kultur, des gesamten geistigen Lebens,
- der Missbrauch der Sozialpolitik zum Ersatz für die Bürgerfreiheit,
- die Installation einer Geheimpolizei,
- der Fanatismus und die Feindbildpflege,
- der Jugendkult,
- die Massenmobilisierungen.

Erst danach sollten auch die Unterschiede zu Wort kommen.

- Das NS-Regime war hausgemacht deutsch. Die Verachtung der Weimarer Demokratie war kein Proprium der Nazis, sie war bei den Kommunisten ebenso stark, aber auch im Bürgertum verbreitet. Das SED-Regime dagegen war aus der Sowjetunion importiert. In der DDR hatten wir es immer nur mit Satrapen zu tun. Der Schlüssel für Veränderungen lag in Moskau.
- Das NS-Regime hatte es von vornherein ausdrücklich auf Eroberung („Volk ohne Raum“) und auf die Verfolgung der Juden abgesehen. Spätestens seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mussten die Wissenden sagen: Es kann nicht mehr schlimmer kommen. In der DDR dagegen mussten wir Älteren jedenfalls sagen: Es war schon einmal schlimmer – nämlich unter Stalin und Ulbricht.
- Und deshalb haben beide Diktaturen auch ein völlig verschiedenes Ende gefunden. 1945 sprach man von Zusammenbruch. Die zerstörten Städte, die vielen Flüchtlinge und vaterlosen Familien, der Hunger warfen die Bevölkerung zurück auf das Überleben. Die Gräueltaten der Nazizeit wurden für viele verdeckt durch die Not und die

„Schmach“ des verlorenen Krieges. Sehr viele hielten auch 1945 noch Hitler für einen großen Führer und den Nationalsozialismus für eine gute Sache. Die Alliierten stellten das deutsche Volk unter Kuratel. Sie verordneten Reeducation und Entnazifizierung, aber der Ausbruch des Kalten Krieges ließ beides schnell zu Ende gehen.

1989 hat die Bevölkerung der DDR mit viel Mut, Zivilcourage und Umsicht das SED-Regime abgeschüttelt. Offenbar wollte auch die Mehrzahl der SED-Mitglieder eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse, wenn auch unklar war, welche.

Die Völker Mittelost- und Osteuropas haben diese Erfahrung einer Selbstbefreiung in das zusammenwachsende Europa eingebracht. Im Westen setzt sich die Einsicht in diese Tatsache nur langsam durch.

Hinterlassenschaft der Begriffsverwirrung

Zu den Hinterlassenschaften des Kommunismus, die weiterwirken, gehört die Begriffsverwirrung, die er angerichtet hat, namentlich das Denken in den Systemalternativen Kapitalismus – Sozialismus. Bei der ersten Sitzung der frei gewählten Volkskammer fanden alle Abgeordneten einen Brief auf ihrem Sitz, den ein besorgter Westberliner geschrieben hatte. Er beschwor uns, die DDR zu erhalten als Alternative zur kapitalistischen Bundesrepublik und als Chance für die wahre Demokratie.

Nach der Maueröffnung hat Lothar Bisky in der Filmhochschule, deren Direktor er war, eine freie Diskussionsveranstaltung angesetzt. Thema: „Wie viel Demokratie braucht die Diktatur?“ Man muss sich erinnern, dass die SED ihre Herrschaftsform ja ganz offiziell Diktatur des Proletariats nannte und diese als die vollendete Demokratie ausgab. In Wahrheit sind Diktatur und Demokratie selbstverständlich Gegensätze.

Als die Finanzkrise ausbrach, konnte man hier und da lesen und hören: Der Kapitalismus ist nun auch gescheitert. In Wahrheit war ein Mangel an Regulierungen offenbar geworden.

Aber auch bei den Kritikern des Kommunismus kann man nicht selten beobachten, dass sie das Wort „Demokratie“ holistisch gebrauchen für die Gesamtheit der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, wie es bei den Begriffen Sozialismus und Kapitalismus üblich war. Auf der anderen Seite hört man nicht selten: Die Demokratie löst die Probleme auch nicht. Fragt man zurück, welche Probleme gemeint sind, lautet die Antwort meist: Die Arbeitslosigkeit. Die hat aber gar nichts mit Demokratie zu tun, sondern mit der Wirtschaftspolitik und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen.

Wir brauchen hier mehr begriffliche Klarheit und müssen mindestens unterscheiden zwischen

- a) der Demokratie als Staatsform, nämlich Freiheitsrechten, die dem Staat Grenzen setzen, Vergabe politischer Macht auf Zeit durch Wahlen, Teilung der Macht und Machtkontrolle;
- b) dem Rechtsstaat, der das staatliche Handeln strikt an Recht und Gesetz bindet und durch eine prinzipiell unabhängige Justiz auch staatliches Verwaltungshandeln, ja sogar Gesetze gerichtlich überprüfbar macht;
- c) der Marktwirtschaft, und zwar einer rechtlich geregelten und namentlich antimonopolistischen;
- d) dem Sozialstaat, der denjenigen hilft, die sich nicht selbst helfen können.

Es gibt Marktwirtschaft ohne Demokratie, aber keine Demokratie ohne Marktwirtschaft. Und es gibt Rechtsstaaten ohne Demokratie, aber keine Demokratien ohne Rechtsstaat. Ohne diese Unterscheidungen kann es keine produktive Auseinandersetzung um die DDR geben.

Für das wunderbare Jahr vom Herbst 1989 bis zur deutschen Einheit hat sich

der blasse Ausdruck „Wende“ durchgesetzt. Und oft lässt man dieses wunderbare Jahr mit dem Fall der Mauer beginnen. Das ist nicht korrekt.

Revolution statt „Wende“

Ehe die Mauer fiel und ehe Honecker zurücktrat, kam es zur Herbstrevolution in der DDR. Dagegen gibt es doch tatsächlich ernst gemeinten Widerspruch, am schärfsten von denjenigen, die behaupten, eine Revolution sei das gar nicht gewesen, sondern eine Implosion. Die SED war doch am Ende und die DDR bankrott. Das ist zwar auch irgendwie richtig, aber soll das etwa heißen, wenn eine Diktatur in Schwierigkeiten kommt, gibt sie den Löffel ab und wird friedlich? Manchmal wird sie dann auch schießwütig. Das war bei den Kommunisten schon deshalb zu befürchten, weil sie in ständiger Angst vor der Konterrevolution lebten. Nach dem 17. Juni 1953 wurden den SED-Funktionären vom Kreissekretär aufwärts persönliche Waffen ausgehändigt, die erst nach der Maueröffnung abgegeben werden mussten, zum Teil unter Protest. Nach dem 17. Juni wurden die Arbeiterkampfgruppen zur Niederschlagung von Konterrevolutionen gegründet, und deren Bewaffnung ging bis zu Granatwerfern. In jeder größeren Fabrik gab es also den Waffenraum mit den Maschinenpistolen der Arbeiterkampfgruppen. Die Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober – es gab gleichzeitig auch in anderen Städten Demonstrationen – war die erste nach dem bombastisch gefeierten vierzigsten Jahrestag der DDR. Ihre gewalttätige Niederschlagung war minutiös vorbereitet: mit zusätzlichen Blutkonserven in den Krankenhäusern und Bereitschaftsdienst für alle Ärzte, mit Internierungslagern für die Demonstranten in Markkleeberg. Aber es kamen weit mehr als erwartet, nämlich 70 000, die Sicherheitskräfte fühlten sich dem nicht gewachsen. Als die Demonstranten an der

Runden Ecke, dem Leipziger Stasiquartier, vorbeizogen, stellten sich einige von ihnen mit Kerzen demonstrativ schützend vor dieses Haus, damit es nicht zum Sturm auf die Stasizentrale kam. Den Stasileuten hinter den Gardinen muss das Weltbild zusammengebrochen sein. Wäre die Demonstration nicht friedlich verlaufen, sondern in eine Revolte mit eingeschlagenen Fensterscheiben und umgestürzten Autos ausgeartet, hätten die Sicherheitskräfte trotzdem zugeschlagen. Sie hatten das ja wochenlang geübt. Und in der *Leipziger Volkszeitung* stand am Montag, dass nun mit den konterrevolutionären Umtrieben Schluss sein müsse. Egon Krenz hatte ausdrücklich die Brutalität auf dem Peking-Platz des Himmlischen Friedens gelobt. Und SED-Genossen ließen mehrfach gegenüber Kirchenvertretern verlauten, der Platz des Himmlischen Friedens sei näher, als manche glaubten – wobei es dahingestellt sein mag, ob das eine Warnung oder eine Drohung war. Horst Sindermann (SED), damals Volkskammerpräsident, hat später gesagt: „Wir hatten alles geplant. Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“

Blut, das „Neue“ und „ungünstige Umstände“?

Ob die Herbstrevolution zu Recht Revolution genannt wird, hängt natürlich von der Definition ab. Verstehen wir unter einer Revolution das Ende einer Herrschaft mitsamt ihrer Legitimation, und zwar von innen und von unten, dann war es eine. Wird verlangt, dass außerdem Blut geflossen sein muss, war es keine. Aber die Oktoberrevolution, der Sturm auf das Winterpalais, verlief auch unblutig. Der Panzerkreuzer Potemkin hatte zwar einen Schuss abgegeben, aber in die Luft, als Fanal. Blut floss erst, und zwar in Strömen, als danach ein Bürgerkrieg ausbrach.

Andere erklären, eine Revolution sei das deshalb nicht gewesen, weil nach einer Revolution etwas Neues, noch nie Dage-

wesenes entstehen müsse. Die DDR-Bürger wollten aber leben wie in der Bundesrepublik und unter der Ordnung des Grundgesetzes. Dies ist auch wieder irgendwie richtig und doch irreführend. Es war ja der Sozialismus, der sich als weltgeschichtlich Neues ausgab und alle Menschheitsprobleme lösen wollte. Chruschtschow verkündete 1964 das Programm „Aufbau des Kommunismus in zwanzig Jahren“. Er wollte bis 1984 nicht nur den Westen ökonomisch überrunden, sondern da stand auch: „Der Traum, hundert Jahre alt zu werden, ohne zu altern, wird Wirklichkeit.“ Aber dieses wunderbare Neue sah schließlich sehr alt aus. Die Menschen wollten nicht mehr zwangsweise Versuchskaninchen in einem Menschheitsexperiment sein, das offenkundig nicht halten konnte, was es versprach. Sie waren zu der Erkenntnis gekommen, dass sich Demokratie und Soziale Marktwirtschaft bewährt haben, und deshalb beendeten sie die Diktatur, die ihnen zu höheren Zwecken die einfachsten Freiheiten vorenthielt. Im Herbst 1989 setzte sich die revolutionäre Erkenntnis durch, dass das Neue nicht immer und nicht per se auch das Bessere ist. Es gab in Europas Freiheitsgeschichte Bewährtes, das die Kommunisten zu Unrecht missachtet und durch etwas Neues, aber Schlechteres ersetzt hatten: die sozialistische Demokratie, die mit der Diktatur des Proletariats identifiziert wurde, den sozialistischen Rechtsstaat, der die Unparteilichkeit verachtete, die sozialistische Planwirtschaft, deren ökonomische Überlegenheit gegenüber der Marktwirtschaft ständig behauptet, durch die Wirklichkeit aber unübersehbar widerlegt wurde.

Das war keine Revolution, höre ich, sondern Gorbatschow zu verdanken. Gorbatschow verdanken wir viel. Er wurde zum Hoffnungsträger und löste deshalb tiefe Resignation aus, als der Chefideologe Kurt Hager erklärte: „Wenn der Nachbar neu tapeziert, müssen wir nicht auch tape-

zieren.“ Deshalb begann ja das große Weglaufen. Gorbatschow verdanken wir die günstigen Umstände, allem voran seine Erklärung, dass die sowjetischen Truppen nicht mehr in sozialistischen Ländern eingesetzt werden sollen. Aber Revolutionen gelingen immer unter günstigen Umständen, andernfalls sind es gescheiterte Revolutionen wie der 17. Juni 1953. Ich werde den Verdacht nicht los: Da gönnen manche den Ostdeutschen die Revolution nicht.

Im Herbst 1989 haben 346 Kampfgruppenangehörige den Einsatzbefehl gegen die Demonstranten verweigert mit der Begründung: „Die Demonstranten sind keine Konterrevolutionäre, da sind doch unsere Kollegen dabei.“ Ich habe aus Anlass des zehnten Jubiläums dem Bundespräsidenten Johannes Rau vorgeschlagen, auch dieser mutigen Menschen zu gedenken. Er hat mir erzählt, seine Mitarbeiter hätten ihm gesagt, damals sei doch schon das Ende des SED-Regime abzusehen, also so viel Mut für eine Befehlsverweigerung gar nicht notwendig gewesen. Diese Mitarbeiter haben bloß leider versäumt, uns zum rechten Zeitpunkt wissen zu lassen, dass Demonstrieren und Befehle verweigern ab jetzt ungefährlich sei.

DDR-Nostalgie

Viele Westdeutsche irritiert die DDR-Nostalgie, die man im Osten beobachten kann. Mit den Zwanziger-Jubiläen hat sich die Berichterstattung über die DDR in den Medien enorm verstärkt. Gleichzeitig gehen aber bei den Redaktionen der östlichen Tageszeitungen verstärkt protestierende Leserbriefe ein: Was da gezeichnet werde, sei nicht die wirkliche DDR, wie sie sie erlebt hätten, beklagen die Leserbriefschreiber. Es hat sich ein kleiner Kanon der angeblichen DDR-Vorzüge herausgebildet. Man kann viele der dabei wiederkehrenden Behauptungen recht leicht widerlegen.

Das Gesundheitswesen soll besser gewesen sein. Wie aber erklären wir uns

dann, dass die Lebenserwartung im Osten seit 1990 um etwa sechs Jahre gestiegen ist, während sie gleichzeitig im Westen um etwa drei Jahre stieg und nun ungefähr in Ost und West gleich ist?

Das Leben in der DDR sei solidarischer gewesen, mehr menschliche Wärme und nicht wie heute eine Ellenbogengesellschaft. Solidarischer, da ist was dran. In einer Mangelwirtschaft ist man für die Beschaffung des Notwendigen aufeinander angewiesen: Hilfst du mir, helf ich dir. Wer freilich selbst nichts zu bieten hatte, konnte nicht etwa häufiger auf selbstlose Hilfe rechnen als heute. Nun ist aber die Selbsttötungsrate seit 1989 um etwa ein Drittel gesunken – wie das, wenn wir damals alle so viel glücklicher waren? Das Bildungswesen soll besser gewesen sein. Es legen aber heute mehr als doppelt so viele das Abitur ab, und der Zugang zur Oberschule ist nicht mehr von der politischen Einstellung des Elternhauses abhängig.

Man kommt bei den eingefleischten Nostalgikern mit solchen Argumenten nicht weit. Denn die DDR-Nostalgie ist etwas Gefühls, und gegen Gefühle sind Argumente oft machtlos. Es ist wohl meist ein Unterlegenheitsgefühl, ein Minderwertigkeitskomplex, den viele Ostdeutsche übrigens schon in die Einheit mitgebracht haben. Wir haben doch selbstironisch von uns gesagt: DDR, Der Dumme Rest. Deshalb gehe ich jetzt lieber auf die Gründe für die DDR-Nostalgie ein. Der wichtigste Grund liegt in den DDR-Verhältnissen selbst. Jeder hat nur seine DDR erlebt, denn es gab keine freie, gemeinsame Öffentlichkeit. Wenn heute ein ehemaliger DDR-Bürger nach hitziger Debatte einem anderen vorwirft: „Sie müssen in einer anderen DDR gelebt haben als ich“, hat er womöglich ungeahnt ins Schwarze getroffen. Ein NVA-Offizier, ein LPG-Bauer und ein Pfarrer haben tatsächlich jeder einen anderen DDR-Alltag erlebt und vom DDR-Alltag der ande-

ren wenig gewusst. Es gab ja auch echte Kommunikationsverbote. In einem Dorf standen Pfarrhaus und Schule nebeneinander. Die Vorschulkinder des Pfarrers und des Schulleiters spielten zusammen. Als sie in die Schule kamen, erklärte der Schulleiter dem Pfarrer freundlich und mit Bedauern: „Sie werden verstehen, dass unsere Kinder jetzt nicht mehr zusammen spielen können, bei meiner Stellung.“ Der Polizist, dessen verstorbene Mutter ein christliches Begräbnis gewünscht hat, kommt im Dunkeln zum Pfarrer, um die Beerdigung anzumelden. „Eigentlich sollen wir ja gar nicht mit Ihnen sprechen, aber es war doch der Letzte Wille meiner Mutter.“

Ein zweiter Grund war die Zensur der öffentlichen Meinung. Ich habe in den Siebzigerjahren meine Konfirmanden regelmäßig gefragt, ob es in der DDR die Todesstrafe gibt. Sie haben das durchweg verneint. Die Vollstreckungen wurden nämlich geheim gehalten. Auch die DDR-Geschichte selbst war vielen eine *terra incognita*, wie der 17. Juni 1953, der Terror der Stalinzeit, die Vertreibungen im Zusammenhang mit der sogenannten Bodenreform, die Brutalitäten der Zwangskollektivierung. Selbst der Einmarsch in die CSSR 1968 war in den Achtzigerjahren manchen jungen Leuten unbekannt. Denn in vielen Elternhäusern wurde all dies vorsichtshalber beschwiegen. Nach 1990 hörten wir von einer Familie, deren Eltern, alte Kommunisten, beide unter Stalin im Lager waren und ihren Kindern nie davon erzählt hatten. Viele erfuhren erst 1990, dass einige der KZs vom sowjetischen Geheimdienst nach 1945 weiter benutzt wurden. Selbst die Zahl der Selbstmorde war Staatsgeheimnis und dem Statistischen Jahrbuch nicht zu entnehmen. Die Kriminalstatistik wurde geheim gehalten, sodass nach 1990 zunächst viele der Meinung waren, die Kriminalität wachse sprunghaft an, was bei Autodiebstählen zutraf, nicht aber bei der

Schwerkriminalität. Geändert hatte sich nur die Berichterstattung. Ich hatte voriges Jahr einen Briefwechsel mit einer Lehrerin, die mir erklärte, ihre Heimat sei die DDR gewesen, dieses Deutschland sei nicht ihre Heimat und werde es nie werden. Ich habe sie gefragt, ob sie denn mit ihren Kindern und Schülern auch über den Stalin-Hitler-Pakt, den 17. Juni 1953 oder Stasipraktiken gesprochen habe. Sie hat mir ehrlich geantwortet, teils habe ihr der Mut dazu gefehlt, aber vieles sei ihr auch damals nicht bekannt gewesen. Da ist mir klar geworden, dass viele, die von der DDR schwärmen, genauer besehen die DDR meinen abzüglich dessen, was sie erst nach ihrem Ende von ihr erfahren mussten. Sie wünschen sich mit der DDR auch das damalige Nichtwissen zurück, eine subtile Form von Wirklichkeitsverweigerung. Es gab auch in der Geschichte der Bundesrepublik Skandale massenhaft. Der Unterschied zur DDR ist der: Sie standen größtenteils sehr schnell in der Zeitung. Viele DDR-Skandale wurden aber den Bürgern erst nach ihrem Ende bekannt. Der Unterschied ist keiner der Moral, der Sittlichkeit oder des Anstands. Der Unterschied ist ein institutioneller: Im Westen gab es eine freie Presse und im Osten nicht.

Ein dritter Grund: Erinnerung vergoldet. Ich will gar nicht grundsätzlich kritisieren, dass wir uns der erfreulichen Dinge intensiver erinnern als der unerfreulichen. Man kann dies sogar als Lebenskunst loben. Und zu jedem Alltag gelebten Lebens, ob in der Demokratie oder der Diktatur, gehören Lieben und Trauern, Alltagsorgen und Alltagsfreuden, Freundschaften und Feindschaften, Großherzigkeiten und Gemeinheiten, schönes Wetter und trübe Tage, Erfolge im Beruf und Niederlagen, und wer diese Elemente des richtigen Lebens im verkehrten nicht anerkennen will, ist ein Fanatiker. Der Theologe Karl Barth hat einmal sinngemäß gesagt: Ein Christ kann auch in der Diktatur selig werden

und in der Demokratie zur Hölle fahren, sprich ein heilloses Leben führen. Trotzdem wird er sich für Recht und Freiheit einsetzen.

Vierter Grund: Überstandene Angst vergisst man gern. Es geht hier nicht nur um die Angst der Demonstranten des 9. Oktober. Wir alle hatten in der DDR Angst vor dem falschen Wort ins falsche Ohr, und zwar auch SED-Mitglieder. Wir alle waren sehr wählerisch und vorsichtig bei Bekanntschaften und Freundschaften. Es ist wohl vielen peinlich, sich einzugestehen, Angst gehabt zu haben, selbst dann, wenn die Angst vollkommen berechtigt war. Manche sagen nun: Ich hatte nie Angst vor der Stasi. Das kann ja sein. Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht. Er sollte aber heute damit nicht angeben.

Solche DDR-Nostalgie ist ärgerlich, nicht aber besorgniserregend. Möglicherweise wird die DDR-Nostalgie auch dadurch befördert, dass zu wenige im Westen anerkennen, was eine Vielzahl von DDR-Bürgern im Herbst 1989 geleistet hat und an Umstellungsleistungen nach 1990 erbringen musste. Und Ostdeutsche können durchaus stolz darauf sein, was sie unter den erschwerenden Bedingungen der Diktatur und der Mangelwirtschaft in Familie und Beruf geleistet haben, aber bitte doch nicht plötzlich stolz sein wollen auf die erschwerenden Bedingungen! Im Herbst 1989 fand eine sehr bedeutende Anzahl der Ostdeutschen ihre politischen Lebensbedingungen unerträglich und hat zunächst massenhaft die Flucht ergriffen und dann massenhaft demonstriert. Die DDR-Nostalgiker müssten konsequenterweise erklären, dass sie alle sich damals geirrt haben. In Wahrheit ist die Zahl derer, die sich die DDR ernsthaft zurückwünschen, im Osten verschwindend gering. Ich kenne in meiner Verwandtschaft und Bekanntschaft keinen.

*Fortsetzung
in der Oktoberausgabe der Politischen Meinung*